

Abbau der zeitlichen Beschränkungen

- ▶ zeitlich unbefristete reguläre Daueraufgabe
- ▶ unabhängig von wechselnden Zyklen der Bundes- oder Landesprogramme

Abbau der räumlichen Beschränkungen

- ▶ gesamtstädtische Untersuchungen (Sozialraumana-lyse, Wohnungsmarkt, Analyse lokaler Ökonomie, ...)
- ▶ gesamtstädtische Entwicklungsziele (mod. Prozess als Fördergegenstand nicht als Voraussetzung!)
- ▶ strategische Masterpläne (z.B. MP Bildung / MP Senioren, ÖPNV...)
- ▶ flächendeckende Handlungskonzepte (z.B.: Einzelhandel)
- ▶ Festsetzung von Prioritäten zur Stützung besonderer Prozesse und Projekte in einzelnen Stadtteilen

- ▶ alles in regionalem Kontext (Masterplan Ruhr 2030 / Regionalplanung + regionale Masterpläne RVR)

Abbau der inhaltlichen Beschränkungen

- ▶ aus reparierender punktueller Stadt(teil)erneuerung wird präventiver flächendeckender Stadtumbau als Teil einer nachhaltigen Stadtentwicklungsstrategie
- ▶ vielschichtige Problemlagen erfordern integrierte Handlungsansätze. Dafür: allgem. Mindeststandards
- ▶ Verwaltung als Initiator, Organisator, Moderator – Dienstleister nicht Herrschaftsinstrument!
- ▶ regionale Abstimmung ist nicht Verzicht auf Eigenständigkeit, sondern Voraussetzung zur Konzentration auf die eigenen Stärken (Kultur / Wirtschaftsentwicklung)

Weiter gehendes Ziel:

- ▶ grundsätzliche Überarbeitung des Katalogs der kommunalen Pflicht- und freiwilligen Aufgaben

Abbau der personellen Beschränkung

- ▶ Ämter übergreifende reguläre Gebietsteams interdisziplinär, raumbezogen, lösungsorientiert
- ▶ mindestens auf Stadtbezirks-, Stadtquartiersebene
- ▶ definierte Entscheidungskompetenzen mit flachen Hierarchien (Kompetenzen an Bürger delegieren)
- ▶ Schulung der MA in Kommunikations- und Moderationstechniken
- ▶ (VHS-)Schulung von Bürgerinnen und Bürgern in allen relevanten formalen Rahmenbedingungen

weitergehendes Ziel:

- ▶ grundsätzliche Auflösung der ressortdefinierten Verwaltung zu Gunsten raumbezogener flexibler Organisationsstrukturen (auch auf Ebene der Bezirksregierungen)

Abbau der finanziellen Beschränkungen

- ▶ Bündelung der div. Förderprogramme bei Bund, Ländern und Kommunen
- ▶ dezentrale „Gebietshaushalte“ (vom Rat zu genehmigen)
- ▶ örtliche Verfügungsfonds (Gebietsbeiräte)
- ▶ Freiheit der Sponsorensuche, Spendenannahme (z.B. als Ersatz für fehlende eigene Pflichtanteile)

weitergehende Ziele:

- ▶ radikale Vereinfachung der Fördermodalitäten (BR: Ersatz der Kontrolle durch begleitende Beratung)
- ▶ strukturelle Neugestaltung der kommunalen Finanzausstattung / wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten
- ▶ Ablösung der Ressorthaushalte durch integrierte Gebietshaushalte

Abbau der instrumentellen Beschränkung - „Bürger planen ihre Stadt“

Gesamtstadt:

- ▶ öffentliche Zukunftswerkstätten zur Erarbeitung von Entwicklungszielen / Leitprojekten / Mindeststandards
- ▶ Nutzung aller Instrumente des BauGB (z.B. Ausweisung von Sanierungsgebieten, Sanierungs- und Baugebote, Vorkaufsrechte, ...)
- ▶ mehr Gewicht auf partizipativer informeller Planung als auf formellen Planverfahren (> Masterpläne)
- ▶ Ausprobieren neuer Instrumente (z.B. Stadterneuerungsgesellschaft / andere Beteiligungsformen einer kommunalen Gemeinwirtschaft)

Abbau der instrumentellen Beschränkung - „Bürger bauen ihre Stadt“

Stadtteile:

- ▶ **Zukunftswerkstätten zur Umsetzung / Konkretisierung der Entwicklungsziele für die jeweilige Gebietsebene**
- ▶ **Freiheit zur Bildung „eigener“ Organe / Netzwerke (Beiräte, Ausschüsse, Arbeitsgruppen, ...)**
- ▶ **direktes Vorlagerecht bei Bezirksvertretung / Fachausschüssen / Rat)**
- ▶ **Förderung der lokalen Ökonomie (Auftragsvergabe an das örtliche Handwerk (Tarif treue Ausbildungsbetriebe))**

weitergehendes Ziel:

- ▶ **gebietsbezogene Bürgerhaushalte, Aufwertung der Bezirksvertretungen**

Verräumlichung und Verstetigung politisch nicht gewollt

befürchtet wird:

- **Einflussverlust für Rat / Ausschüsse**
- **Überforderung (veränderter / erhöhter) Kommunikations- und Koordinationsaufwand**
- **Transparenz von Entscheidungen macht (geheime) Verhandlungen schwieriger**

Positive Erfahrungen belegen:

Partizipation auf Augenhöhe und vernetztes Handeln schaffen:

- ✓ größere politische Legitimation / Glaubwürdigkeit
- ✓ aktive Unterstützung einer engagierten Bürgerschaft
- ✓ höhere Konflikt- und Konsensfähigkeit
- ✓ längere Haltbarkeit der Lösungen / Kompromisse
- ✓ besseres und frühzeitiges präventives Handeln

Verräumlichung und Verstetigung verwaltungsseitig nicht gewollt

befürchtet wird:

- Machtverlust für Verwaltungsspitze
- Auflösung der Verwaltungshierarchie
- Wegfall der gewohnten Dienstwege
- mehr Personal =
- mehr Steuerungsaufwand =
- schwierigere Kontrolle

Verräumlichung und Verstetigung verwaltungsseitig nicht gewollt

befürchtet wird:

- Machtverlust für Verwaltungsspitze
- Auflösung der Verwaltungshierarchie
- Wegfall der gewohnten Dienstwege
- mehr Personal =
- mehr Steuerungsaufwand =
- schwierigere Kontrolle

Generelle Herausforderung:

**Strategische Paradoxa oder
Aufforderung zum Tanz?**

Effektivierung – Flexibilisierung

Festalisierung – Routinisierung

Festlegung – Offenhaltung

Innovation – Konsens

nicht: entweder – oder

sondern: sowohl – als auch